

URSULA WEIDENFELD

## Die Krise

### Zusammenfassung

Die Weltwirtschaftskrise hat in Deutschland die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Die Schwachen mussten für die Starken einspringen, die Allgemeinheit für die Wenigen. Dem Staat wuchsen neue Kompetenzen, neue Verantwortung und insgesamt eine stärkere Rolle zu. Diese akute Phase ist jetzt vorbei. Ihre Folgen zwingen die deutsche Gesellschaft, sich neu zu verständigen. Dauerhaft sinkende Verteilungsspielräume und das Verbot weiterer Staatsverschuldung müssen zu einer neuen Lastenteilung führen. Auf der anderen Seite eröffnet die Zerstörung der alten Gewissheiten die Chancen zu einer grundlegenden Neuorientierung.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die internationale – und die deutsche – Wirtschaft in bislang unbekanntem Maß zurückgeworfen. Das Bruttoinlandsprodukt, das sind alle in Deutschland produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 2009 um fünf Prozent geschrumpft. Das ist in der Wirtschaftsgeschichte der deutschen Nachkriegszeit noch nie passiert. Das einzige Jahr, in dem die deutsche Wirtschaftsleistung vorher schon einmal zurückging, war das Jahr 1975, die Ölkrise. Damals ging es um rund ein Prozent Schrumpfung.

Schon damals löste der Schock – kein Wachstum, keine Verteilungsspielräume – eine Sinnkrise aus. So fragte sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt, wie stabil und belastbar die deutsche Gesellschaft sein würde, wenn das Wirtschaftswachstum dauerhaft geringer würde und wenn dadurch der Politik rein materiell Gestaltungsmöglichkeiten genommen würden. Seine Antwort war, „lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ in Kauf zu nehmen. Er bekam beides – doch die politische Entscheidung, für den sozialen Frieden das bestehende oder künftige Vermögen der Bürger des Landes in Anspruch zu nehmen, war für lange Zeit gefallen.

„Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Dass der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde zu diesem Schluss kommen musste, als er über die Grundlagen des Zusammenlebens in der demokratischen Gesellschaft nachdachte, lag in der Mitte der siebziger Jahre nahe. Böckenförde beschrieb das Dilemma Westdeutschlands, das mit der Wiedervereinigung in den neunziger Jahren dann zu einem gesamtdeutschen Dilemma geworden ist: Die Demokratie braucht Input von außen, um stabil zu sein. Ohne „Wertelie-

feranten“ kann sie nicht dauerhaft bestehen, ohne Wirtschaftswachstum gehen ihr die finanziellen Mittel aus. Staatswissenschaftler und Soziologen haben darüber gestritten, ob das Theorem richtig ist. Sie haben sich darüber auseinandergesetzt, ob aus diesem Satz ein besonderes Schutzrecht für Kirchen und Religionsgemeinschaften erwächst. Sie haben argumentiert, dass ein öffentlicher und nicht hierarchischer Diskurs längst an die Stelle wertsetzender Institutionen getreten sei und den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaft gewährleiste. Sie haben nach den Institutionen gefragt, die die Voraussetzungen für das Funktionieren der demokratischen Gesellschaft schaffen.

Der Staat selbst aber gab seine eigene, pragmatische Antwort in der Tradition Helmut Schmidts. Er kümmert sich weniger darum, wer ihn zusammenhält, als darum, was ihn stabil macht. Ob in einer nicht mehr wachsenden Gesellschaft immaterielle Werte wieder an die Stelle materieller treten können, war ihm zunächst herzlich gleichgültig. Es gab ja genug Geld. Er borgte sich einfach das, was die Gesellschaft selbst nicht mehr schaffen konnte, von der Zukunft. Eine Phase ständig wachsender Staatsverschuldung über die Konjunkturzyklen hinweg begann. Ralf Dahrendorf nannte das Prinzip „Pumpkapitalismus“. Eine Gesellschaft, deren Arbeitsethos verschüttet oder verloren ist, deren Bewusstsein für die eigene Verantwortung zugunsten eines Fürsorgeanspruchs zurückgedrängt wird, flüchtet sich in fremdfinanzierten, hemmungslosen Konsum. Das, so Dahrendorf, sei letztlich die tiefere Ursache für die Weltwirtschaftskrise.

Dieses Zeitalter ist in den Jahren 2008 bis 2010 mit einem gewaltigen Finale zu Ende gegangen. Noch einmal wurden gewaltige Schulden aufgenommen, um die Folgen der Krise zu bewältigen, die Finanzwirtschaft zu stabilisieren und die sozialen Kosten des Wirtschaftseinbruchs zu bezahlen. Noch einmal wurde der soziale Frieden zu Lasten der Zukunft erkaufte. Doch vom Jahr 2011 an muss die Verschuldung sinken – zuerst auf die drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die der Maastricht-Vertrag zulässt. Dann dürfen nur noch vorübergehend und sehr beschränkt neue Schulden gemacht werden. Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Schuldenbremse wird es der deutschen Gegenwartsgesellschaft künftig verbieten, sich auf Kosten ihrer Kinder und Enkelkinder zu verständigen. Schon allein deshalb wird sich die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft neu stellen. Schon deshalb wird die individualisierte, tertiarierte, ambivalente Allgemeinheit sich wieder auf die Suche nach einer neuen Geschäftsgrundlage machen. Ein neues Prinzip muss her, für das es drei Szenarien gibt: die Bestätigung des Wachstumsmusters der frühen

Jahre der Bundesrepublik, ein auf reales Wirtschaftswachstum gegründeter Wohlstand, der alle Teile der Gesellschaft erreicht und anspornt. Oder eine flache Wachstumskurve, auf die die alternde Gesellschaft mit bescheideneren Ansprüchen und zurückgehendem Wohlstand antwortet. Oder eine Höllenfahrt in weitere Schulden und in neuen Protektionismus, die den Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit zur Folge haben könnte, das Zerschneiden der Gemeinschaftswährung, das volkswirtschaftliche Desaster eingeschlossen.

Irgendwo dazwischen wird der Weg liegen.

Gleichzeitig wird das Land sich zwei Herausforderungen stellen müssen, die unabhängig von der Wirtschaftskrise wirken: dem demografischen Wandel, dessen volle Wucht in den Jahren nach 2010 spürbar werden wird. Und dem Klimaschutz, dem sich die Bundesregierung mit besonderem Ehrgeiz verschrieben hat. Beide Entwicklungen verursachen Kosten – diese müssen zusammen mit den Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt werden. Jetzt muss sich die deutsche, müssen sich die europäischen Gesellschaften der Aufgabe stellen, ein geordnetes Zusammenleben in demokratischen Strukturen zu gewährleisten, auch wenn es keine wachsenden Verteilungsspielräume mehr gibt. Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und der Leiter des Denkwerks Zukunft, Meinrad Miegel, diskutieren bereits darüber, wie sich eine Gesellschaft neu findet, wenn das Wachstum nicht mehr für das Geld sorgt, um soziale Konflikte zu moderieren und zu glätten. Dass der Wachstumspfad nach der Krise jedenfalls mittelfristig ein anderer als vor der Krise sein wird, ist ziemlich unbestritten.

## 1 DIE URSACHEN

In der Analyse der Ursachen dieser Krise besteht inzwischen weitgehend Einigkeit. Schuld waren billiges Geld – die Zentralbanken hielten nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center die Zinsen auf extrem niedrigem Niveau – und daraus folgend eine zu hohe Risikobereitschaft der Marktteilnehmer. Die Immobilienspekulation in den USA wäre ohne die Niedrigzinspolitik der amerikanischen Notenbank so nicht möglich gewesen. Dass Einfamilienhäuser in den USA den Kern der Spekulationsblase bildeten, lag an der Politik aller US-Regierungen seit Jimmy Carter, möglichst breiten Schichten der Bevölkerung zu Wohneigentum zu verhelfen. Dazu wurden zwei große Hypothekenbanken geschaffen, Freddie Mac und Fannie Mae. Sie bündelten die vergebenen Kredite zu

neuen Finanzmarktprodukten und verkauften sie weiter, um ihr Eigenkapital zu entlasten und neue Kredite vergeben zu können.

Immer weitere Kreise der Bevölkerung bekamen Wohneigentum, zuletzt sogar viele, die überhaupt kein Einkommen und auch kein eigenes Geld zum Hausbau hatten. Ihr Schuldendienst sollte allein aus den Wertsteigerungen des gebauten Hauses kommen. Das war zunächst für alle ein gutes Geschäft. Die Immobilienbanken finanzierten die Häuser, verkauften die Kredite weiter. Wenn Schuldner ihre Kredite nicht bedienen konnten, zogen sie aus. Im amerikanischen Immobilienrecht haftet nur die Immobilie für den Kredit: Kann der Schuldner nicht mehr zahlen, gibt er den Schlüssel zurück und geht. Die Bank kümmert sich um den erneuten Verkauf – solange die Preise steigen oder zumindest stabil bleiben, gibt es kein Problem. Das war ein Grund dafür, warum die Ratingagenturen auch Schrottimmobilien mit desolaten Eigentümern gute Noten gaben. Fallen die Immobilienpreise aber, gibt es zuerst ein Problem. Und dann, angesichts der Dimensionen der amerikanischen Immobilienwirtschaft, eine Katastrophe. Solange die Hauspreise in den USA sich nicht dauerhaft stabilisieren, wird der Staat Fannie Mae und Freddy Max immer wieder Milliarden geben müssen, um sie vor der Insolvenz zu bewahren. Zuletzt hatte der amerikanische Finanzminister Timothy Geitner am Heiligabend 2009 dafür gesorgt, dass der eigentlich bindende Deckel, den beiden Großinstituten nicht mehr als 200 Milliarden Dollar zu geben, zugunsten einer nicht limitierten Zusage gelüftet wurde.

Zahlreiche, eigentlich vernünftige Innovationen auf den Finanzmärkten nahmen eine ähnliche Entwicklung. Sie degenerierten zu Geldschöpfungsmaschinen, deren kumulierte Risiken niemand mehr überblickte. Gravierende und anhaltende Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft kamen hinzu. Während die USA zu einem dauerhaften Kapitalimporteur wurden, entwickelten Deutschland und China enorme, verfestigte Exportüberschüsse. Die British Academy formulierte das Gesamtbild in einer vorläufigen Bilanz im Juli 2009 so: Man habe zwar die einzelnen Risiken für die Stabilität der Weltwirtschaft gekannt, aber das Zusammenwirken all der Risiken für die Weltwirtschaft nicht überblickt. Und, am Ende habe selbst alarmierten Beteiligten die Kraft gefehlt, „die Bowlschüssel vom Tisch zu räumen, als die Party am schönsten war.“

## 2 WER RÄUMT DIE BOWLE AB?

Warum aber gelingt es nie rechtzeitig, die Bowle abzuräumen? Oder: Warum steht Bowle überhaupt in gesundheitsgefährdenden Mengen auf dem Tisch? Warum trinken Menschen mehr davon, als ihnen gut tut? Das sind Fragen, die Ökonomen immer noch ein bisschen hilflos machen. Der frühere US-Notenbank-Chef Alan Greenspan hat neulich zu Protokoll gegeben, dass niemand das vermeiden kann – und dass man deshalb auch den Kater nach der Party aushalten muss.

Ökonomen glauben mehr als die meisten anderen daran, dass Menschen im Großen und Ganzen rational handeln. Menschen, Marktteilnehmer heißen sie hier, suchen ihren eigenen Vorteil, wägen Chancen und Risiken ab, entscheiden sich dann zu ihrem eigenen Nutzen. Und damit auch zum Nutzen der Allgemeinheit.

Übermäßiger oder unkontrollierter Konsum kommt in diesem Gedankengebäude nicht vor, oder er wird auf wenige Ausnahmesituationen reduziert. Wer aber zuversichtlich ist, dass der Markt am Ende ein gerechtes und für alle angemessenes Ergebnis herbeiführt, wird in der Tendenz marktwirtschaftliche Kräfte stärken und Regulierungsanstrengungen des Staates zurückdrängen. Hier liegt einer der bemerkenswertesten Unterschiede zwischen dem deutschen Neoliberalismus der fünfziger Jahre und der neoliberalen globalen Strömung der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Waren sich Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Franz Böhm und Alexander Rüstow noch sehr bewusst, dass die Marktwirtschaft einen starken ordnenden Staat braucht, um in ihren Grundlagen geschützt dauerhaft lebensfähig zu sein, setzten die Neoliberalen des ausgehenden 20. Jahrhunderts in der Tendenz eher auf regulierungsfreie Zonen. Sie waren der Ansicht, dass der Wettbewerb am Ende das gewünschte Ergebnis bringt. Zu Recht – sie haben nur nicht beachtet, zu welchen Kosten ein solches Ergebnis dann entstehen kann.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und folgende wurde deutlich, wie hoch die Kosten werden können, wenn der Markt versagt und der Staat als Retter in letzter Instanz einspringen muss. Nicht nur, dass diese Notsituation hunderte von Milliarden an zusätzlichen Staatsschulden gebracht hat. Mit der Rettungsaktion kamen auch die anerkannten Grundsätze staatlichen Handelns und sozialpolitischer Logik vorübergehend ins Wanken: Nicht mehr die Starken sorgen für die Schwachen. Die Schwachen müssen nun für die Starken aufkommen oder zumindest zu ihren Gunsten zurückstecken. Die Allgemeinheit bezahlt für die Spekulation von Wenigen. Die Gesellschaft wird zum Geldgeber,

zum Banker, zum Eigentümer. Dem Staat wächst eine neue Rolle zu. Er rettet die Wirtschaft, alimentiert diejenigen, die sonst unweigerlich arbeitslos würden, und kauft diejenigen heraus, die das Desaster angerichtet haben.

Das sei zwar nicht schön, aber alternativlos, war die Standard-Argumentation der Jahre 2008 und 2009. Es sieht so aus, als würde sich das in Bezug auf die europäische Gemeinschaftswährung Euro wiederholen. Hätte man die Banken nicht gerettet, hätte man den Firmen nicht zu Liquidität verholfen, hätte die Zentralbank den Markt nicht zum Nulltarif mit Geld geflutet, wäre es nicht bei dem größten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg geblieben. Es hätte eine Katastrophe gegeben. Würde man die hochverschuldeten Euro-Mitgliedsländer nicht unterstützen, würde sich die Spekulation gegen den Euro verstärken und am Ende die gemeinsame Währung sprengen. Das ist wahrscheinlich richtig – doch ist es auch gerecht, wie die Lasten verteilt werden und verteilt wurden?

### 3 BOWLE FÜR ALLE

Merkwürdig ist, dass die Sache in Deutschland trotz dieser Verkehrung der üblichen Verhältnisse leidlich friedlich über die Bühne geht. Das Zutrauen der Menschen in die Soziale Marktwirtschaft, das seit Jahrzehnten, mindestens aber seit der Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2005, von Jahr zu Jahr zurückging, stabilisiert sich mit leicht zunehmender Tendenz. So berichtet das Allensbacher Institut. Institutsleiterin Renate Köcher begründet das mit dem Eindruck der Befragten, dass Fairness in der Lastenverteilung zumindest wieder eine Rolle spiele: Seit dem Jahr 2005 – dem Jahr der Abwahl der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die mit der Agenda 2010 eine der weitreichendsten Arbeitsmarktreformen in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht hat – hätten die Menschen das Gefühl, dass sich die Politik wieder um faire Lösungen bemühe. Dass das Land und seine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung insgesamt fair seien, verneinten zwar auch im Jahr 2009 noch nahezu drei Viertel der Befragten – im Jahr 2000 fand immerhin noch knapp die Hälfte der Befragten das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem einigermaßen gerecht – doch die Entwicklung habe in der Mitte des Jahrzehnts den Tiefpunkt durchschritten, sagte Renate Köcher.

Eigentlich erstaunlich. Denn vor der Mammutintervention des Staates in Sachen Finanz- und Wirtschaftskrise gab es durchaus auch Entscheidun-

gen der ersten Regierung Angela Merkels, von denen man hätte annehmen müssen, dass sie als ungerecht und unfair empfunden werden: die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre etwa. Gegen diese sozialpolitisch tiefgreifende Entscheidung gab es zwar Proteste, doch sie blieb ungesühnt, was das Zutrauen der Bürger in die soziale Marktwirtschaft anging. Dasselbe gilt für die Interventionen in der akuten Phase der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Das mag daran liegen, dass die Krisenfinanzierung zunächst vor allem über Kredite erfolgte, also erst einmal in ihren Wirkungen auf den Einzelnen nicht spürbar wurde. Mit der Abwrackprämie wurden der Krise sogar ein paar Spaßakzente verpasst. Der Arbeitsmarkt blieb zudem stabiler, als das Viele erwartet hatten. Wer aber die Erfahrung macht, dass er nicht sofort gekündigt wird, wenn dem Unternehmen die Aufträge abhandenkommen, gewinnt dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft vielleicht auch wieder etwas ab. Unternehmen und Arbeitnehmer hätten in der Krise zu einer neuen Art des Umgangs gefunden, glauben manche.

Obwohl Deutschland in die tiefste Wirtschaftskrise seiner Geschichte rutschte, bemerkten die Menschen nicht so viel davon. Für viele war die Kurzarbeit eine willkommene Pause nach Jahren voller Überstunden und der Produktion an der Kapazitätsgrenze. Wahrscheinlich aber spielt auch hier das Argument Renate Köchers eine Rolle: Für viele Bürger des Landes wurde die Forderung erfüllt, dass die Politik ihre Krisenbewältigungsstrategien nicht auf dem Rücken der Schwachen und der Mitte austragen darf. Dass zwar mittelbar genau diese Gruppen zahlen werden müssen, schmälert nicht die Leistung des akuten Krisenmanagements der Bundesregierung. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gab es in Deutschland kaum Werksbesetzungen, kein einziger Manager wurde als Geisel genommen, kaum ein Unternehmen wild bestreikt.

Dazu wurde mit einigen Instrumenten direkt Sorge getragen, dass sich abhängig Beschäftigte wieder in der Sozialpartnerschaft aufgehoben fühlen konnten, die sie seit der deutschen Wiedervereinigung und dem gescheiterten Kampf um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland verloren geglaubt hatten: Die Kurzarbeitszeiten wurden verlängert und staatlich alimentiert. Im Deutschlandfonds wurde auch kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten geholfen, die sonst womöglich hätten schließen müssen. Und schließlich gewannen die Tarifpartner den Respekt der Wirtschaft zurück: Dass die IG Metall in der Tarifrunde 2009/2010 erstmals in ihrer Gewerkschaftsgeschichte in einer Tarifrunde auf eine Lohnforderung verzichtete und sich stattdessen nach kurzen Verhandlungen

mit dem Arbeitgeberverband verständigte, wurde von allen Seiten als neue Ära in der Tarifpartnerschaft gewürdigt.

Die Gerechtigkeitsprobleme, die die Wirtschafts- und Finanzkrise weltweit aufgeworfen hat – in Deutschland werden sie weggeschmeichelt. Selbst der britische Economist, sonst nicht gerade ein Bewunderer des rheinischen Kapitalismus, nötigte sich im Frühjahr 2010 anerkennende Worte über Deutschlands Weg durch die Finanzkrise ab. Zu dem glimpflichen Verlauf in Deutschland habe entscheidend beigetragen, dass Management und Arbeitnehmerschaft in der Lage seien, einen Interessenausgleich im Konsens herbeizuführen.

#### 4 EIN NEUES MODELL?

Hat Deutschland es also besser geschafft? Und, noch wichtiger: Ist das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft stärker, als man das vor der Krise gedacht hat? Bedingt ist das so – allerdings nur dann, wenn man dem Modell auch die Leistungen der Regierung Gerhard Schröders zurechnet.

Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland stand trotz Wirtschaftskrise und hartem Winter bei den Arbeitsmarktzahlen im Januar 2010 deutlich besser da als fünf Jahre zuvor – ging wesentlich auf die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 zurück, die vor der Krise unter der Regierung Schröder beschlossen und umgesetzt wurde. Diese Reform wird von Sozialethikern bis heute kritisch diskutiert. Den Linken gilt sie bis heute als Auswuchs und gleichzeitig Endpunkt des unreflektierten politischen Neoliberalismus. Sie habe zur Exklusion weiter Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt und damit von gesellschaftlicher Teilhabe geführt. Die Hartz-Reformen, die Liberalisierung des Arbeitsvertragsrechts und die Zeitarbeit hätten dafür gesorgt, dass es nun Menschen im Land gibt, die trotz Vollerwerbsarbeit nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben aus eigener Kraft zu bezahlen. Hartz IV sei das Stigma der abgehängten Milieus geworden, die Zeitarbeit das Fanal der Zweiklassengesellschaft in der Arbeitswelt.

Darin steckt zwar ein richtiger Kern. Die Arbeitsmarktreformen hatten viele unbeabsichtigte Nebenwirkungen und sie boten reichlich Platz zum Missbrauch. Ihre Substanz aber wirkt nach wie vor positiv: Dass der Absturz auf dem Arbeitsmarkt vermieden wurde, hatte viel mit den Re-



formen zu tun. Zum ersten Mal seit den siebziger Jahren steigt im Ab-schwung die strukturelle Arbeitslosigkeit offenbar nicht mehr.

Die Arbeitsmarktreformen stellen das Subsidiaritätsprinzip nicht in Fra-ge, sie stellen es wieder her. Nur wer tatsächlich bedürftig ist, soll dauer-haft Geld vom Staat bekommen können. Die Anderen nicht. Dieses Be-wusstsein wird auch die kommenden Jahre prägen, allen Debatten um Grundeinkommen zum Trotz.

Das war vorher anders. Lief für einen Arbeitslosen die Versicherungszeit ab, in der er Geld aus der Arbeitslosenkasse bekam, bezog er Arbeitslo-senhilfe. Die lag im Niveau zwar niedriger als das Arbeitslosengeld, doch höher als die Sozialhilfe und wurde de facto unbefristet ausgezahlt. Eine Leistung zwischen Versicherungsleistung und Sozialhilfe wurde etabliert, für die es auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten keine Rechtfertigung gab: Warum bekam jemand, der eine Zeitlang in seinem Leben gearbeitet hatte, von der Allgemeinheit einen höheren Lebensunterhalt zugestan-den als eine Person, die vielleicht aufgrund einer Behinderung nie arbei-ten konnte? Warum sollten Bezieher von Sozialhilfe zuerst ihre Bedürf-tigkeit nachweisen, ein Langzeitarbeitsloser aber nicht? Die ungelösten Gerechtigkeitsfragen wurden nicht einmal adressiert – sie wurden erst mit der Agenda 2010 beseitigt.

Wenn also jetzt die ausgleichende Hand des Staates in der Wirtschaftskri-se gelobt wird, muss in Rechnung gestellt werden, dass diese Hand auch erst einmal ruhig bleiben konnte. Angela Merkel musste zunächst nicht viel tun, was das soziale Gleichgewicht hätte erschüttern können.

Und doch hat das deutsche System des Ausgleichs in der Krise stabili-sierend gewirkt. Lange Kündigungsfristen, ausgeprägte Kurzarbeiter-regelungen, eine hohe Staatsquote, viele Beamte, zahlreiche Rentner und Personen, die vergleichsweise üppige staatliche Transferleistungen be-kommen, stabilisieren in der Rezession zwangsläufig: Weil der Staat als Arbeitgeber weder entließ noch Löhne kürzte, waren die Angestellten der öffentlichen Hände und die Beamten von dem Wirtschaftseinbruch nicht betroffen. Dasselbe galt für die Rentner, die ohnehin schon Arbeitslosen oder Hartz-IV-Empfänger. Je mehr Geld durch die Hände des Staates geht, desto stärker wirken die automatischen Stabilisatoren. Weil die Aus-gaben im Gegensatz zur privaten Wirtschaft in der Krise stabil bleiben, wird die Konjunktur gestützt. Noch stärker als in Deutschland wirkte das in Ländern, in denen es traditionell einen hohen Staatsanteil gibt. Frank-reich etwa, ein Land, in dem jeder zweite unmittelbar oder mittelbar von

Staatsgeldern, Gehältern oder Pensionen lebt, kam deutlich besser durch die akute Phase der Krise.

Dazu aber kommt eine neue Wertschätzung für den Ausgleich, die Moderation. Arbeitnehmer wie Arbeitgeber treten neuerdings wieder selbstbewusst für die Tarifautonomie ein. Früher seien Tarifverträge „die Bibel“ gewesen, an die man sich ohne Wenn und Aber zu halten hatte, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Martin Wansleben, dem Economist. Die Produktivitätspeitsche wirkte gnadenlos: Wer die vereinbarten Löhne nicht bezahlen konnte, schied aus dem Markt aus. Heute dagegen seien die Tarifvereinbarungen eine wichtige Orientierung, lobt der Verbandsmanager. Eine Orientierung für diejenigen, die es bezahlen können, aber noch mehr eine für die Firmen, die sich schwer tun: Sie sehen auch an den vereinbarten Lohnzuwächsen, was sich in vergleichbaren Firmen und Branchen abspielt.

## 5 SCHLUSSBEMERKUNG

Im Jahr 2010 werden die Weichen für einen neuen Gesellschaftsvertrag gestellt. Dahinter steckt kein revolutionärer Prozess und auch kein bewusster politischer Gestaltungswille, es ist reiner Sachzwang. Deutschland und die anderen Länder der Eurozone werden ihre Haushalte in Ordnung bringen müssen. Sie werden sich auf den demografischen Wandel einstellen und ihre Klimaschutzziele auch finanzpolitisch hinterlegen müssen. Die nette Phase der Krise geht zu Ende. Das Fundament der Gesellschaft muss gesichert und neu formuliert werden.

Wenn man die Erfahrungen der vergangenen Jahre ernst nimmt, kann man Einiges daraus lesen. Menschen wollen zuallererst sehen, dass Gewinn- und Lastenverteilung fair sind. Das Prinzip, dass die Starken für die Schwachen eintreten, muss wiederhergestellt werden. Ohne dass die Verursacher der Krise an den Kosten der Aufräumarbeiten beteiligt werden, wird sich dieser Eindruck nicht einstellen. Wichtiger noch ist, dass die Aufstiegsmobilität wiederhergestellt wird, oder doch zumindest die Aufstiegsillusion wieder belebt wird. Realen gesellschaftlichen Aufstieg hat es im Nachkriegsdeutschland selten und nur in ganz kleinen Gruppen gegeben, doch der wachsende Wohlstand hat vielen zumindest die Illusion von Erfolg vermittelt. Im 21. Jahrhundert lautet das Prinzip nicht mehr Aufstieg durch mehr materiellen Wohlstand, sondern Aufstieg durch Bildung. Bislang ist das nur ein Versprechen und es scheint auch die einzige Vorstellung von einem übergreifenden künftigen Gesellschaftsbild zu

sein: eine Gesellschaft der gebildeten Individuen soll die Milieugrenzen sprengen und ein neues gesellschaftliches Einverständnis herstellen. Ob das gelingt, hängt nicht zuletzt von der Frage ab, ob die Wirtschafts- und Finanzkrise tatsächlich die Verhaltensmuster des 20. Jahrhunderts gesprengt hat.